



LANDKREIS LÜNEBURG
DER LANDRAT

Protokollauszug Sitzung des Kreistages vom 10.12.2025

TOP 20. Antrag der CDU-Fraktion und der Gruppe FDP / Die Unabhängigen vom 22.11.2025 zu Thema" Die Arbeitsgruppen der Bildungskommune und der Strategiegruppe Bildung nehmen die sonderpädagogische Förderung als expliziten Bestandteil in ihren Themenkatalog auf, um im Rahmen des Schulentwicklungsprogrammes Handlungsmöglichkeiten und Orte zur Beschulung und Förderung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf - auch in Förderzentren - zu erarbeiten."
ungeändert beschlossen
2025/385

KTA Pfeffer geht auf die verschiedenen Schulformen und die mannigfaltigen Änderungen dieser in den letzten Jahren ein. Unser Bildungssystem habe wirklich viel ausgehalten und Schüler und Eltern haben viel ertragen müssen. Die Welt sei im Wandel und Schule müsse sich mit der Welt wandeln. Es gehe mal in die eine Richtung und einmal in die andere. Es gebe zu allen genannten Schulformen verschiedene politische Meinungen. Dies sei gut und demokratisch. Problematisch werde es dann, wenn Ideologie auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen werde. Wenn Betroffene nicht gehört würden weil unbedingt etwas gut sein müsse. In diesem Fall die sogenannte Inklusion. Sie sei nicht gegen Inklusion. Verschiedenheit dürfe nicht gleich gemacht und müsse gesehen werden. Dazu gehöre die Wertschätzung von Menschen mit Behinderung, ihre Förderung aber auch ihr Schutz. Verschiedenheit erfordere Bedingungen. Es gebe für Menschen mit Behinderung ein Recht auf ein mehr an Unterstützung. Es gebe auch im Landkreis Lüneburg zu viele Schulabbrüche. Viel zu viele Schulassistenzen und steigende Schülerzahlen im GE Bereich. Dies müsse gesehen werden. Lehrkräfte, Eltern und Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf seien verzweifelt. Um diese Menschen gehe es in diesem Antrag. Die Sonderpädagogische Förderung gehöre in den Schulentwicklungsplan. Besonders die betroffenen Eltern stünden hinter diesem Antrag. Es gebe noch ein Förderzentrum in der Stadt und es müsse im Schulgrundsatzausschuss besprochen werden ob es richtig sei, dieses Kompetenzzentrum mal eben abzuwickeln. Noch könne gehandelt werden. Mit wehenden Fahnen werde der Inklusion hinterhergelaufen und dabei würden viele Menschen verloren werde.

Sie bitte um Zustimmung auf die Verweisung in den Ausschuss für Schule und Bildung.

KTA Zöller hat den Antrag nicht verstanden.

KTA Prof. Dr. Bonin erinnert an einen sehr emotionalen Beitrag seines Fraktionsvorsitzenden im Kreisausschuss. Der habe im Kern gesagt, dieser Antrag sei rechtlich nicht zulässig. Darauf möchte er hinweisen.

Beschluss:

Der Antrag soll zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Schule und Bildung verwiesen werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen zugestimmt